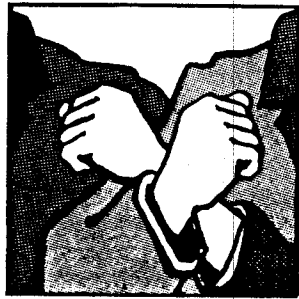


Rote Hilfe



Vorwärts und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht, beim Hungern und beim Essen, vorwärts, nie vergessen, die SOLIDARITÄT

Zwei Jahre Verfolgung der Wahrheit

Duisburg, 5. Juni 1974
Polizisten schleifen
den ohnmächtigen
G. Routhier zum
Polizeiwagen.



Am 18. Juni ist der Arbeiter Günter Routhier, Mitglied der KPD/ML, 2 Jahre tot. Im Alter von 45 Jahren starb er, der Bluter war, an den Folgen eines Polizeieinsatzes. Die Polizei hat ihn erschlagen.

Seitdem versucht der Klassenfeind vergeblich, die Verbreitung der Wahrheit über Günters Tod zu verhindern. Rund 1000 Verfahren wegen "Beleidigung der Polizei" wurden eingeleitet.

Über
500.000 DM

die bereits verfügte Geldstrafen und Prozesskosten. 9 Genossen wurden zu 3 Jahren und 7 Monaten Gefängnis verurteilt.

Aber die Wahrheit ist hartnäckig!

Sie läßt sich nicht unterdrücken!

Seite 4 und 5

Der Tod von Ulrike Meinhof beweist:

ISOLATIONSFOLTER IST MORD!

Seite 3

Wichtige Urteile

KÖLN

Fünf Antimilitaristen und Genossen des KJVD und der Gruppe Rote Fahne (KPD) wurden zu Gefängnisstrafen zwischen vier und sieben Monaten verurteilt, in zwei Fällen sogar ohne Bewährung. Sie sollen bei einer Bundeswehrvereinigung Parolen gerufen haben.

Zu sechs Monaten Gefängnis mit Bewährung wurden die GRF (KPD) Genossen Eva Neuhaus und Werner Heuler verurteilt, weil sie im Juli 1975 in einer Ratssitzung ein Transparent gegen die Fahrpreiserhöhung der Kölner Verkehrsbetriebe angebracht und den Stadtrat angegriffen hatten.

HAMBURG

In der Nähe von Hamburg haben sich vor einiger Zeit mehrere Bürgerinitiativen gebildet, die die Errichtung eines Atomkraftwerkes in Brokdorf im Kreis Stein verhindern wollen. Für den Fall des Baubeginns planten sie die Besetzung des Bauplatzes und hatten dazu bereits ein Flugblatt gedruckt, das zur Besetzung aufrief. Noch bevor dieses Flugblatt überhaupt verbreitet wurde, wurde es offensichtlich auf die Denunziation eines Spitzels hin beschlagnahmt. Begründung: es rufe zur „Nötigung“ und zum „Hausfriedensbruch“ auf.

MANNHEIM

Im Juli 1974 ist in Mannheim der Jungarbeiter Hans-Jürgen Remiszko von der Polizei ermordet worden.

Jetzt fand in Mannheim ein Prozeß statt – natürlich nicht gegen die Mörder, sondern gegen sechs junge Männer, die Zeugen des Mordes waren und z.T. selbst durch Polizeischüsse verletzt worden sind.

Einer der Angeklagten wurde zu einem Jahr Gefängnis mit Bewährung verurteilt! Er hatte einem der Polizisten den Revolver abgenommen und an den Kopf gesetzt, um den anderen Polizisten dazu zu bringen, mit der Schießerei aufzuhören, was eine sehr richtige und mutige Tat gewesen war.

Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Prozesskalender

2. Juni, Amtsgericht, Dortmund, 11, 30 Uhr, Zi. 166, Prozeß gegen Dieter Kwohl
2. Juli, Amtsgericht, Dortmund, Prozeß gegen Michael Banos

Gefängnisstrafen gegen den ROTEN MORGEN

1 Jahr Gefängnis mit Bewährung gegen Gernot Schubert, Verleger, und 4 Monate gegen Karin Wagner, verantwortliche Redakteurin des Roten Morgen, Zentralorgan der KPD/ML, verhängte die bürgerliche Klassenjustiz am 13. Mai in Dortmund.

Dieses Urteil ist ein Frontalangriff gegen den Roten Morgen und die gesamte kommunistische Presse und gegen die Pressefreiheit überhaupt. Das Urteil verbietet es, die Bundesrepublik einen „Ausbeuterstaat“ zu nennen, es bedroht denjenigen mit Strafe, der aufdeckt, daß sich hinter der angeblichen „Demokratie“ in Wirklichkeit eine Diktatur des Kapitals gegen die Werktätigen verbirgt, die mit Polizei- und Justizterror aufrechterhalten wird. Das Urteil verbietet, von der Folter durch Isolation in westdeutschen Gefängnissen zu berichten.

ERLAUBT IST NUR, WAS DEM KAPITAL NICHT SCHADET.

Nicht etwa, daß der Staatsanwalt oder Richter sich angeschockt hätten, nachzuweisen, daß es nicht wahr sei, was der Rote Morgen schrieb. Oh nein, die Herren wissen genau, daß sie das gar nicht können. Sie wissen natürlich, daß die Arbeiterklasse ausgebeutet wird und der Staatsanwalt gab selber zu, daß im Justizapparat zahlreiche alte Nazis sitzen und daß die Gefangenen der RAF isoliert werden.

Man darf das auch kritisieren, räumte der Staatsanwalt „großzügig“ ein – aber nur, wenn man sich an das erlaubte Maß hält, das

Freiheit für Sascha Haschemi!

Zu 18 Monaten Gefängnis ohne Bewährung wurde der Genosse Sascha Haschemi, Mitglied der Roten Garde, der Jugendorganisation der KPD/ML, wegen Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 verurteilt. Außerdem wurden ihm drei Monate seiner Untersuchungshaft nicht angerechnet, so daß sich das Urteil praktisch auf 21 Monate erhöht.

Dieses Terrorurteil ist nichts anderes als ein Racheakt des Klassenfeindes. Eigentlich hatte die bürgerliche Klassenjustiz Sascha, der einen persischen Vater hat, in den faschistischen Iran abschieben wollen, wo ihn Folter und Tod erwarteten. Zwei Jahre lang war Sascha dadurch gezwungen, in der Illegalität zu leben. Dann aber gelang es einer breiten Solidaritätsfront, die 2 500 Menschen umfaßte, seine Einbürgerung als Deutscher zu erkämpfen.

Zur Begründung der Nichtanerkennung seiner bereits abgese-

die Gesetze und die Justiz bestimmen.

ABER DER ROTE MORGEN HÄLT SICH NICHT AN DAS ERLAUBTE MASS

Der Rote Morgen übt Kritik nicht, um den Kapitalismus zu verbessern, sondern um die Massen zur revolutionären Erhebung gegen Ausbeutung und Unterdrückung aufzurütteln. Der Staatsanwalt nannte dies eine „verbrecherische Gesinnung“, gegen die der Staat sich wehren müsse.

Der Staat wehrte sich – mit Gefängnisstrafen. Und mit der Anordnung der Beschlagnahme der betreffenden Ausgaben des Roten Morgen.

Ihr Ziel, den Roten Morgen zum Schweigen zu bringen, werden die Kapitalisten mit keinem Terror erreichen. Dies erklärten die angeklagten Genossen auch vor Gericht. Für den Richter wirkte das strafverschärfend.

UNTERSTÜTZUNG AUS GANZ DEUTSCHLAND

Die angeklagten Genossen wurden durch die Solidarität außerhalb des Gerichtssaals unterstützt. In vielen Städten fanden Protestaktionen gegen den Prozeß statt. Die RHD rief zu Protesten an Staatsanwalt und Gericht auf. Sie führte überall Sammlungen für die Prozeßkosten durch. (s. S. 6).

nen sechs Monate Untersuchungshaft meinte der Richter:

Durch sein Untertauchen und die Solidaritätskampagne habe er viele Menschen mit in die Sache hineingezogen und so das Gericht gezwungen, Prozesse gegen Flugblattverteiler einzuleiten und zum anderen habe er einen Berufungsprozeß angestrengt, um sich zu „produzieren“.

Wenn man sich also wehrt und um sein Recht kämpft, ist das strafverschärfend. Im gleichen Atemzug bürdete das Gericht Sascha noch die hohen Gerichtskosten auf mit der Begründung: Bezahlte ja doch alles die Rote Hilfe! Aber auch dieser Terror ist zum Scheitern verurteilt. Die gleiche Solidarität die den deutschen Paß für Sascha erkämpfte, steht ihm auch im Gefängnis zur Seite. Sie kann auch der Forderung genügend Nachdruck verleihen:

FREIHEIT FÜR SASCHA HASCHEMI!

Freiheit für die politischen Gefangenen!

Der Tod von Ulrike Meinhof beweist: ISOLATIONSFOLTER IST MORD!

Berlin am 15. Mai: 5 000 Menschen erweisen der Genossin Ulrike Meinhof die letzte Ehre, lassen ihr Begräbnis zu einer machtvollen Demonstration gegen Isolationsfolter und Vernichtungshaft werden, zu einer Kampfaktion für die Freiheit aller politischen Gefangenen. Auch die RHD sandte eine Delegation und legte einen Kranz nieder.

Ulrike Meinhof ist tot. „Selbstmord“ behauptet die Bourgeoisie und ihre Klassenjustiz, schreiben die bürgerlichen Zeitungen in seitenlangen Artikeln und finden plötzlich „ihre“ Ulrike Meinhof, die „begabte Journalistin und Schriftstellerin“, die „Pazifistin, die zur Gewalt verführt wurde“.

Ulrike Meinhof war eine Revolutionärin! Sicher, sie hat schwere Fehler gemacht, sie hat geglaubt, die Revolution könne ohne die bewaffneten Massen das Werk einiger weniger Kämpfer sein und hat sich so von den werktätigen Massen isoliert. Aber ihr ganzer Haß galt dem imperialistischen System, sie kämpfte für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung.



Die widerliche Heuchelei und die zynischen Behauptungen, Ulrike habe sich durch „Selbstmord“ einer Bestrafung entziehen wollen, sind nichts anderes, als der Versuch der Bourgeoisie, ihre Verantwortung für den Tod der Genossin zu vertuschen. Die wirkliche Ursache für Ulrike Meinhofs Tod nämlich sind die unmenschlichen Haftbedingungen, unter denen sie gefangengehalten wurde: Jahrelang war Ulrike Meinhof isoliert, eingesperrt z.B. monatelang in einer Zelle im Toten Trakt der Strafanstalt Köln-Ossendorf. In einer Zelle, in der alles in blendendem Weiß gestrichen war, Wände, Türen. Möbel. in der Tag und

Nacht kaltes Neonlicht brannte, in die weder frische Luft noch Geräusche drangen. Zu niemandem hatte sie Kontakt außer zu den Gefängniswärtern.

Längst schon ist wissenschaftlich erwiesen, daß solche Haftbedingungen nichts anderes sind als Vernichtungshaft, daß sie zu schweren Konzentrations- und Kreislaufstörungen führen und schließlich zum Tod.

Doch die bürgerlichen Politiker behaupten dreist, es gäbe bei uns keine Isolationsfolter.

Diese unverschämten Lügen aber werden selbst von bürgerlichen Medizinern widerlegt. So schreibt z.B. der Berliner Psychiater, Dr. Wilfried Rasch, Gutachter im Baader-Meinhof-Prozeß:

„... Man muß sich die Situation in Stammheim wie unter einem Glassturz vorstellen. Das ist so, als ob es irgendwo zieht und alles abgedichtet wird, bis man erstickt. ... Entscheidend für eine Verbesserung der Haftsituation sind nicht Bücher, Fernsehen oder Zeitungen, entscheidend ist die Aufhebung der stengen Isolations.“

Es ist also eindeutig, Isolationshaft führt zum Tod. Das zeigt nicht nur der Tod von Ulrike Meinhof, das zeigt auch der Mord an Katherina Hammerschmidt und Holger Meins, das zeigt sich auch bei K.H. Roth und Wolfgang Grundmann, die ohne ausreichende medizinische Versorgung gefangengehalten werden, obwohl sie todkrank und haftunfähig sind.

Die Isolationsfolter ist aber nicht nur gegen die Gefangenen der RAF gerichtet, sie soll in Zukunft noch breiter angewandt werden, gegen Kommunisten und andere Revolutionäre. Warum sonst wohl gibt die herrschende Klasse Millionen für die wissenschaftliche Untersuchung der Folgen von Isolierhaft aus, wenn nicht zu ihrer systematischen Erweiterung und Perfektionierung. Warum baut die Bourgeoisie immer neue Zwingburgen mit Toten Trakts, wie in Stammheim, Ossendorf, Preungesheim, Hannover und vielen anderen Städten; alles wegen eines Dutzend Gefangener der RAF?



Adressen politischer Gefangener

Gefangene wegen Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972:

Heinz Baron, 44 Münster, Gartenstr. 21; Hans Georg Schmidt, 6110 Dieburg, Altstadt 25, Alexander Haschemi, 8000 München, JVA Stadelheim

Baha Targün, 5 Köln Rochusstr., JVA, türkischer Genosse beim Ford-Streik zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt.

Horst Mahler, 1000 Berlin 27, Seidelstr. 39, JVA Tegel, zu 14 Jahren verurteilt wegen Mitgliedschaft in der RAF, heute Sympathisant der GRF (KPD)

Dieter Hildebrandt, 7100 Heilbronn, SVA, Mitglied des KBW, verurteilt wegen seiner Teilnahme an der Cabora Bassa-Demonstration Jochen Noth, 7407 Rottenburg, SVA, wie Dieter Hildebrandt.

gener der RAF?

Wohl kaum! Die Bourgeoisie rüstet sich auf einen langen und erbarmungslosen Kampf gegen alle, die ihre Herrschaft angreifen.

Die Isolationsfolter steht in der Tradition des Nazi-Faschismus, sie steht in einer Reihe mit den berühmtesten Tigerkäfigen im ehemals faschistischen Südvietnam, mit den „Irrenanstalten“ in der Sowjetunion, in denen politische Gegner grausam zu Tode gequält werden.

Doch jeder, der diese Wahrheit aufzeigt, der wird selbst von der Klassenjustiz verfolgt und angeklagt, wie z.B. der Rote Morgen, das Zentralorgan der KPD/ML. Wir werden uns durch diesen Terror nicht einschüchtern lassen, die Rote Hilfe unterstützt jeden, der wegen seines Kampfes gegen die Isolationsfolter angeklagt wird.

Unsere Aufgabe ist es nun, den Kampf gegen die vernichtenden Haftbedingungen noch entschlossener und breiter fortzusetzen, um den Tod weiterer Gefangener zu verhindern!

**SCHLUSS MIT ISOLATIONS-
FOLTER UND VERNICH-**



Polizeiüberfall auf Trauergäste

Duisburg, 5. Juni 1974

Vor dem Arbeitsgericht klagt der kommunistische Arbeiter Hanfried Brenner gegen seine politische Entlassung durch Mannesmann. Unter den Zuhörern, die gekommen sind, um ihn zu unterstützen, ist auch Günter Routhier.

Als in einer Verhandlungspause Hanfried Brenner eine Rede aus dem Fenster des Gerichtssaals heraus hält, schlägt die bereits wartende Polizei zu. Die Zuschauer werden zusammengeschlagen. Günter Routhier wird in die Stuhlreihen geschleudert und später mit dem Kopf voran die Treppe hinuntergestürzt. Unten bleibt er benommen liegen. Er wird von der Polizei in den Wagen gezerrt, wo er auf dem Boden liegenbleibt und ständig unterwegs mit dem Kopf aufschlägt, dann schleifen sie ihn an den Füßen die Treppe ins Polizeipräsidium hinauf. Mehrfach riefen während der ganzen Zeit Günters Sohn Pit und andere Genossen der Polizei zu, daß Günter Bluter sei. Antwort: „Märchenstunde ist morgen.“

In den folgenden Tagen verschlechtert sich Günters Gesundheitszustand zunehmend. Kopfschmerzen, Übelkeit und zuneh-

mende Bewußtseinsstörungen treten auf. Am 18. Juni stirbt er im Krankenhaus.

Günters Tod ruft unter den revolutionären und fortschrittlichen Menschen überall Bestürzung und Empörung hervor. 5 000 kommen am 24.6. nach Duisburg, um dem Genossen das letzte Geleit zu geben.

24. Juni

Die Aufstellung des Trauerzuges wird von der Polizei gewaltsam verhindert. Als kurz vor dem Friedhof sich ein kleiner Trauerzug dennoch formiert, wird er von der Polizei überfallen. Kränze und Blumen werden zertrampelt, Schleifen abgerissen, Trauergäste verprügelt und festgenommen.

Nach der Beerdigung veranstaltet die Polizei ein wahres Kesselreiben auf alle, die sich an diesem Tag in Trauerkleidung in Duisburg aufhielten. An die Hundert werden verhaftet.

Gegen die Mörder Günters hat kein Staatsanwalt je Anklage erhoben. Die Ermittlungen aufgrund der Anzeige der Witwe Rotraud Routhier wurden bald eingestellt, ein Klageerzwingungsverfahren als „unbegründet“ abgewiesen.

Zwei Jahre

Die Versuche der bürgerlichen Klassenjustiz, die Wahrheit über den Polizeimord zu unterdrücken, reichen von offener Lüge bis zu blankem Zynismus und Terror.

„In dem von der KPD/ML gezeichneten Plakat wird wahrheitswidrig behauptet, die Polizei habe G. Routhier erschlagen ... Entgegen den Behauptungen im Plakat wurde Routhier am Tage seiner Festnahme auf den Hinweis, er sei Bluter, sofort ärztlich untersucht. Dabei wurden keine auf Gewalteinwirkungen zurückzuführenden



Günt

„Wenn ich sterbe, sagt ihnen die Wahrheit. Diesen Auftrag des Arbeiters Günter Routhier erfüllen, darin sehen tausende seiner Genossen im In- und Ausland ihre Pflicht. Keine Klassenjustiz des Kapitals abwarten. Am Todestag von Günter Routhier um zu kämpfen. In den Kampf. Für die Rote Hilfe liegt noch eine besondere Verpflichtung, Solidarität zu unterstützen, die wegen der Klassenjustiz am Gericht gezerzt, bestraft und eingeschüchelt werden. Die Rote Hilfe spricht eine klare Sprache. Die Klassenjustiz spricht eine Sprache der Lüge. Die Klassenjustiz wird unterstützt die Geldsammlungen, Basen für den Prozeßfonds! Und noch in der Zukunft neue Verfahren gegen Genossen: die Werkstätigen draußen in die Gerichte! Die Angeklagten!

Neues Gutachten beweist:

Günter starb durch Gewalt

Während der dem Klassenfeind hörige Essener Gerichtsmediziner Adebarr bei der Obduktion der Leiche (bei der übrigens sowohl die Studenten, die sonst üblicherweise zu Lehrzwecken zusehen als auch die Hausärztin Routhiers nicht zugelassen wurden, wohl aber die Polizei) „feststellte“, daß Günter an einer „spontanen“ Blutung des Gehirns gestorben sei, wurde dieses Gutachten inzwischen Lügen gestraft. Ein erneutes Gutachten des Westberliner Gerichtsmediziners Krauland ergab (zitiert aus der Zusammenfassung von Krauland):

„Beide Blutungsquellen weisen auf eine oder mehrere stumpfe

Gewaltanwendungen hin, die den Kopf getroffen haben.“ „Die Zeugenaussagen und die eigenen Aussagen des Verstorbenen lassen mehrere Einwirkungen auf den Kopf annehmen. Am bedeutendsten dürfte dabei der Sturz über die Treppe beim Abtransport zu werten sein.“ „Die Zeugenaussagen über die Vorfälle selbst und über die allmähliche Zunahme der Krankheitssymptome können als Brückensymptome zwischen den Vorfällen am 5.6.74 und dem tödlichen Ausgang am 18.6.1974 gewertet werden.“ „Die feingeweblichen Befunde ... sind mit der Annahme vereinbar, daß die Blutung am 5.6. ausgelöst wurde.“

Verfolgung der Wahrheit

Verletzungen festgestellt. Nach der Obduktion ... steht fest, daß sein Tod nicht mit den Ereignissen am 5. Juni in Zusammenhang zu bringen ist.“ (Aus einer Anklageschrift gegen zwei Frankfurter Lehrer) Offene Lügen und Verdrehungen der Tatsachen.

Aber diese Offenheit wird leicht zum Bumerang für die Klassenjustiz selbst, da solche Lügen in der Gerichtsverhandlung von den angeklagten Genossen nicht unwidersprochen bleiben. Heute scheut



er und sein Sohn auf einer Demonstration

die Klassenjustiz meist die offene Diskussion um die Vorgänge am 5.6., da sie leicht in den Augen der Zuschauer den Kürzeren zieht.

Im Prozeß gegen Uli Grober, Presseverantwortlicher der KPD/ML in Recklinghausen z.B., lehnte der Staatsanwalt daher die Ladung des Herrn Krauland lieber gleich ab, da „das Gutachten allenfalls beweisen kann, daß die Polizei die Voraussetzungen für den späteren Tod des Günter Routhier geschaffen hat.“ Das aber sei für den Prozeß völlig bedeutungslos. Denn hier ginge es darum, daß es unabhängig von den tatsächlichen Vorfällen eine Beleidigung sei, wenn man die Polizei als Mörder bezeichne. Uli hätte höchstens „leidenschaftslos“ berichten dürfen. „Denn erst wenn ein Mensch rechtskräftig verurteilt ist, darf man ihn Mörder nennen. Die Duisburger Polizisten sind aber noch nicht verurteilt.“ Welch ein Hohn, wo sich doch gerade die Staatsanwaltschaft weigert, überhaupt Anklage gegen sie zu erheben!

Initiative "Zur Wahrheitsfindung in den Routhier-Prozessen" gegründet

Nachdem zwei Jahre lang die KPD/ML, die RHD und andere revolutionäre Organisationen unermüdlich die Wahrheit über den Polizeimord an Günter Routhier verbreiten, haben vor kurzem demokratische Organisationen und Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland einen Aufruf erlassen „Zur Wahrheitsfindung in den Routhier-Prozessen“.

„Die noch immer weiter laufenden Routhier-Prozesse in Duisburg und an vielen anderen Orten finden zum größten Teil keine Berichterstattung in den Massenmedien; ... Die Prozesse enden in der Regel mit der Verurteilung der Angeklagten (...) statt mit der Aufklärung der tatsächlichen Ereignisse im Juni 1974 in Duisburg. Dieser Aufruf mit bekannten Unterschriften soll daher Öffentlichkeit über diese Prozesse herstellen. Und die Forderungen des Aufrufs zielen auf die Aufklärung der Ereignisse im Juni 1974.“

So heißt es in einem Schreiben der Erstunterzeichner des Aufrufs. Der Aufruf selbst endet mit den Forderungen: „Wir Unterzeichner dieser Erklärung verlangen, die Todesursachen von Günter Routhier durch unabhängige Sachverständige aufzuklären, gegen die mutmaßlichen Verursacher seines Todes zu ermitteln, vorab die noch laufenden Verfahren einzustellen und die Amnestie für die bisher rechtskräftig Verurteilten ernsthaft in Betracht zu ziehen.“

Zu den Initiatoren gehören vor allem Persönlichkeiten aus dem Ausland -

In fast allen Prozessen werden die Beweisanträge der Verteidigung grundsätzlich abgelehnt. Als letzter Rettungsanker dient dem Klassengericht dann das Motto, daß nicht sein kann, was nicht sein darf. So urteilte sie gegen zwei Genossen aus Hamburg: „... angesichts unserer politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit ist es unvorstellbar, daß eine Polizeibehörde mordet.“

Aber Lügen und Zynismus können nicht verhindern, daß die angeklagten Genossen im Gerichtssaal Anklage gegen die Mörder und ihre Komplizen in der Richterrobe erheben. Deshalb greift die bürgerliche Klassenjustiz in allen Routhier-Prozessen auch zum Terror. Den Genossen wird das Wort entzogen, die Staatsanwälte drohen mit neuen Verfahren aufgrund der Äußerungen vor Gericht, schließlich werden Ordnungsrufen verhängt. Hanfried Brenner, Zeuge des Polizeieinsatzes im Duisburger Arbeitsgericht, wurde außer zu 12 000 DM Geldstrafe auch zu 2 600 DM Ordnungsstrafe verurteilt. Gegen Uli Grober und mehrere andere Genossen wurde Ordnungshaft verhängt.

Senator Wielek, Amsterdam, Professor Georges Casalis von „Amnesty International“, Paris, Schriftsteller Erich Fried, London, Pfarrer Paul Oestreicher, London und andere - sowie die Evangelische Studentengemeinde in der BRD und Westberlin und einige ihrer ausländischen Schwesterorganisationen. Außerdem wurde der Aufruf von 159 Personen aus dem In- und Ausland unterzeichnet, darunter namhafte Schriftsteller, Professoren, Rechtsanwälte usw.

Die RHD begrüßt diesen Aufruf und die Forderungen der Initiative. Er ist eine wichtige Unterstützung des Kampfes der Roten Hilfe und der anderen revolutionären Organisationen gegen die Flut der Routhier-Prozesse. Mit ihrem Aufruf leisten die Unterzeichner einen echten Beitrag zur Solidarität. Sie stehen damit im Gegensatz zu den Verrätern der D„K“P/SEW, die die Routhier-Prozesse beharrlich totschweigen und für die Revolutionäre nur Hetze übrig haben.

Es ist als ein Erfolg der Initiative zu werten, daß die bürgerliche Presse und das Fernsehen vor kurzem ausführlich über den Fall Routhier berichtete, nachdem sie anfangs, völlig gleichgeschaltet, nur die Lügenhetze der Polizei verbreitet und seitdem die Prozeßflut völlig verschwiegen hat. Die Duisburger Polizei drohte der Initiative daraufhin bereits mit neuen Verfahren. Sollte sie diese Drohung wahr machen, so können die Unterzeichner der Unterstützung der RHD sicher sein

heit: Die Polizei hat mich erschlagen!“ Routhier, Mitglied der KPD/ML, zu erkennen und viele fortschrittliche Menschen, von der sie kein Staatsanwalt und werden kann. Am 18. Juni jährt sich der 10. Jahrestag des Mordes an Günter Routhier. Alle seine Instrumente hat die Wahrheit über das Verbrechen seines Mordes ist ihnen trotzdem nicht gelungen. Und mit Strafe, selbst mit Gefängnis bestrafen. Die Wahrheit verleugnet. Im Gegenteil, immer mehr Gruppen fortschrittlicher Menschen mit dem Aufruf des Genossen Günter Routhier, nämlich alle diejenigen mit unserer Solidarität. Die Verbreitung der Wahrheit verfolgt, vorangetrieben werden. Die Zahlen auf unserer Titelseite. Wenn die Geldsummen nicht aufgeführt sind, ersatzweise das Gefängnis. Deshalb sind die Warenstände der Roten Hilfe immer strengt die bürgerliche Klassenjustiz. Sorgen Sie mit dafür, daß die Solidarität der Klassen kämpfend dringt! Fordert Freispruch für

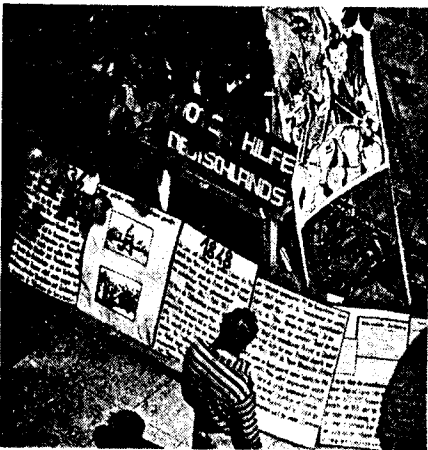
Aus der Arbeit der Roten Hilfe



Mit Terrorurteilen von einem Jahr bzw. vier Monaten Gefängnis gegen die Genossen Gernot Schubert und Karin Wagner gingen die Prozesse gegen den Roten Morgen zu Ende. Schon frühzeitig hatten wir in unserem Kreisverband die besondere Bedeutung dieser Prozesse diskutiert und unsere Aktivitäten dazu vorbereitet.

Im Mittelpunkt unserer Öffentlichkeitsarbeit stand eine Ausstellung über den Kampf für die Freiheit der Revolutionären Presse und über die Unterdrückungsmaßnahmen, die die Bourgeoisie seit den ersten Tagen ihrer Herrschaft gegen die Presse der Arbeiterklasse ausübt.

Schon einige Wochen vor dem Prozeß wurden Bilder und Dokumente gesammelt, Texte entworfen und Bücher und Zeitschriften gewälzt. Unsere Ausstellung wurde dann auch ein voller Erfolg. Dreimal konnten wir sie inzwischen den Kollegen, Freunden und Genossen zeigen: am 1. Mai auf dem Sammelplatz der Roten 1. Mai Demonstration, auf der Veranstaltung zum Roten 1. Mai in Dortmund und im Zusammenhang einer Aktion der RHD am 8. Mai in der Dortmunder Innenstadt.



Sie fand bei den Werktätigen großes Interesse. Wo die Tafeln aufgebaut wurden, standen immer eine Reihe Kollegen, studierten Dokumente und etliche kauften sich die RH-Zeitung und spendeten, besonders am 1. Mai. Auch die Genossen, die die Ausstellung sehen konnten, waren begeistert. Inzwischen sind die Tafeln von der

KPD/ML abfotografiert und als Bildmappe herausgebracht worden. (Din A 3 Format, Preis DM 12, 19 Tafeln)

Bestellungen an RHD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthalerstr., 46 Dortmund

Wir hatten uns das Ziel gesetzt, im Laufe des April und am 1. Mai 1000 DM für die angeklagten Genossen zusammenzubringen. Dieses Ziel konnten wir erreichen.

Am 8. Mai führte unser Kreisverband eine Aktion in der Dortmunder Innenstadt durch. Von 10 bis 17 Uhr waren in der Fußgängerzone ein Stand der RHD und unsere Ausstellung aufgebaut.

Zur Aufklärung der Bevölkerung über die Prozesse führten wir zweimal eine Spaziergangsdemonstration mit Umhängeplakaten in der Fußgängerzone durch. Die Genossen trugen Umhängeschilder mit der Parole „Freiheit für die kommunistischen Redakteure des Roten Morgen“ und der Aufforderung zum Prozeß zu kommen. In der Mitte ging ein Sprecher, der immer wieder die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die revolutionäre Presse anprangerte und zur Solidarität aufrief.

Besonderes Gewicht hatten wir im Zusammenhang der Prozesse, aber auch ganz allgemein in der Arbeit der letzten Zeit, auf die Gewinnung neuer Mitkämpfer gelegt. Hier konnten wir unseren erfreulichsten Erfolg erreichen: Als nach dem 8. Mai Erfolge, Schwierigkeiten und Fehler unserer Aktionen untersucht wurden, konnten wir feststellen, daß wir 30 neue Mitglieder seit März gewonnen haben.

Insgesamt kann man sagen: Die Arbeit anlässlich der Prozesse gegen den Roten Morgen war ein guter Erfolg.

Die Rote Hilfe am 1. Mai

Die Ortsgruppen der RHD hatten sich intensiv auf die Roten 1. Mai Demonstrationen und Veranstaltungen vorbereitet. Hier einige Kurzberichte von den erfolgreichen Aktionen.

KIEL: Die RHD beteiligte sich an den Roten 1. Mai Demonstrationen der KPD/ML. Um auf die Tatsache hinzuweisen, daß es politische Gefangene in der BRD gibt, zogen sich vier Rote Helfer Sträflingskleider an. Dazu trugen sie ein Stellschild mit den Bildern der Gefangenen. Am Rande der Demonstration wurden Zeitungen verkauft und gesammelt. Insgesamt wurden hier und bei einer Versteigerung 797,50 DM gesammelt, davon 200 DM bei der Bevölkerung.



MÜNCHEN Hier machte die RHD in den Monaten vor dem 1. Mai schon 4 Basare, die über 600 DM einbrachten. Am 1. Mai wurden dann auf dem Königsplatz 150 Zeitungen verkauft und 50 DM gesammelt. Nachmittags machte die RHD gemeinsam mit der RH e.v. eine Kundgebung vor dem Gefängnis Stadelheim für den Genossen Sascha.

BREMEN: Die Ortsgruppe der RHD nahm als eigener Block bei der Roten 1. Mai Demonstration der KPD/ML teil. Sammlung, Tombola und Bilderverkaufsstand brachten 476,20 DM ein. Fünf neue Mitglieder wurden gewonnen und vier Genossen übernahmen eine Patenschaft für Spanien.

Weitere Ergebnisse: Landesverband Südwest 1612 DM, Duisburg 281 DM, Buxtehude 105 DM.

NEUERSCHEINUNG.

Dokumentation der Initiative von Verlegern, Buchhändlern und Kulturschaffenden
GEGEN DIE
14. STRAFRECHTSÄNDERUNG

ZUR POLITISCHEN
UNTERDRÜCKUNG IN DER BRD
BEISPIEL: DIE ZENSURGESETZE

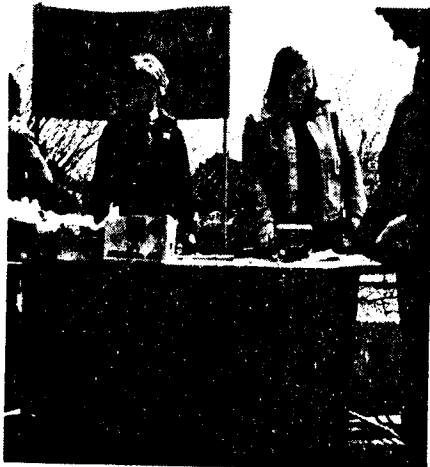
Bestellungen an:
Verlag Neue Welt, Werderstr. 23, 5 Köln 1

Bremen

Ende März war auf der Klöckner-Hütte in Bremen der revolutionäre Arbeiter Michael Weißfeld von der Polizei aus dem Betrieb geschafft und fristlos gekündigt worden. (Siehe RHZ 5/76, S.6)

Der KV Bremen der RHD setzte sich sofort nach Bekanntwerden des Werksverbots mit Michael zusammen, besprach mit ihm die juristischen Schritte und organisierte die Solidarität mit ihm und seiner Familie.

Die Genossen aus Bremen schreiben uns dazu: „Was war sonst noch zu tun? Die Kollegen von Michael waren bereits voll informiert. ... Michael berichtete, daß viele Kollegen, ihn teilnahmsvoll gefragt hatten: Was machst Du denn jetzt: Du hast doch Frau und Kind? - Wir beschlossen, ein Flugblatt vor den Werkstoren zu verteilen, in dem wir genau auf diese Frage der Kollegen eingehen wollten. ... Außerdem forderten wir die Kollegen auf, Michael durch Unterschriftensammlung, Protestresolutionen und Spenden zu unterstützen und Mitglied in der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS zu werden. Zusätzlich fertigten wir noch einen Spendenbon an, der vor allem im Betrieb vertrieben wurde. In der gleichen Woche machte das AKK (Arbeiterkomitee Klöckner) einen Stammtisch. Wir wurden auch eingeladen, um dort über unsere Arbeit zu berichten. Vier Kollegen, die über unser Flugblatt von der RHD gehört hatten, beantragten an diesem Abend die Aufnahme in die RHD. Als wir sie dann einige Tage später besuchten und ihnen zunächst erklären wollten, was die RHD ist, winkten sie ab: „Du, das ist doch klar; alle zusammenstehen, alles in einen Topf, damit man nicht alleine steht, wenn die einen fertig machen wollen“. Außer diesen Aktivitäten verstärkten wir in diesen Wochen unsere Geldsammlungen; auf allen möglichen Versammlungen und Veranstaltungen war einer von uns mit Zeitungen und Sammeldose. So konnten wir insgesamt 513,41 DM für Michael sammeln.



Eine Begebenheit in diesem Zusammenhang wollen wir zum

Schluß berichten: Einige Kinder aus einer Straße in Gröpelingen (ein Stadtteil in Bremen) hatten auch von der Entlassung gehört (Wir hatten sie kennengelernt, als wir vor ungefähr einem Jahr Stellwände für die RHD aufstellten). Sie beschlossen, am 1. Mai auf dem Platz, wo die Abschlußkundgebung der Roten 1. Mai Demonstration stattfinden sollte, einen Stand aufzubauen. Dort wollten sie Erfrischungen, Berliner Pfannkuchen (selbstgebacken) und Bleifiguren mit einem Roten 1. Mai-Fähnchen verkaufen; der Erlös sollte „für den Schorse sein Vater“ sein (Schorse ist der acht Monate alte Sohn von Michael). Wir halfen ihnen etwas mit Papier und Tisch und so konnten die Kinder am Abend auf der Veranstaltung zum 1. Mai 159,50 DM Michael übergeben.

VORWÄRTS MIT DER ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS!

An die Zentrale Leitung der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS!

Liebe Genossen!

Wir möchten Euch unseren herzlichsten Dank für die ca. 8 200 DM übermitteln, die Ihr für die Unterstützung des Kampfes der spanischen Völker und besonders für die Unterstützung unserer verfolgten Genossen gesammelt habt.

Die Rote Hilfe, die Ihr uns damit im Geiste des proletarischen Internationalismus und der Internationalen Solidarität gebt, ist äußerst wertvoll und tut Not, umsomehr das Anwachsen des antifaschistischen und patriotischen Kampfes die monarcho-faschistische Diktatur in Spanien mit repressiver Gewalt beantwortet.

Eure Solidarität ist ein weiterer Ansporn in unserem unablässigen Kampf für eine Föderative Volksrepublik, und wir sind uns sicher, daß wir auch in Zukunft und in härtesten Zeiten auf Euch zählen können.

*Mit revolutionären Grüßen
Komitee von Deutschland der
Revolutionären Antifaschistischen
und Patriotischen Front Spaniens
(F.R.A.P.)*

Resolutionen

Resolution mit der Forderung: „Sofortige Freilassung von Wolfgang Grundmann“ von einer Veranstaltung „Zur Einheit der Marxisten-Leninisten“ in Saarbrücken auf Vorschlag der RHD-Sympathisantengruppe



Spenden im Monat April

Spenden ohne besonderen Verwendungszweck:

OG Erdingen 76,60 DM; OG Stuttgart 268,45 DM OG Friedrichshafen 17,30 DM; OG Tübingen 3,80 DM; OG Reutlingen 116,40 DM; OG Singen 9,10 DM; OG Giessen 18,- DM; OG Kassel 81,82 DM; OG Mannheim 22,-DM; OG Marburg 50,96 DM; OG Bielefeld 27,41 DM; OG Dortmund 303,32 DM; OG Bochum 79,03 DM OG Köln 21,- DM; OG Duisburg 10,- DM; OG Gelsenkirchen 33,80 DM; OG Hamburg 177,61 DM; OG Lübeck 237,60 DM OG Kiel 312,50 DM; OG Bremen 486,90 DM; OG Buxtehude 32,93 DM; OG Westberlin 1058,19 DM.

Summe:

3444,72 DM

Spenden mit Verwendungszweck:

Für politische Prozesse:

OG Kreuzber, Westberlin 116,54 DM; OG Bochum 12,- DM LV Westberlin 157,63 DM; OG Bremen 26,- DM.

Für die Kämpfer des Roten Antikriegstages:

OG Bochum 17,60 DM OG Bremen 110,- DM.

Für die türkischen Genossen:

LV Westberlin 14,85 DM, OG Bochum 58,05 DM; OG Bielefeld 15,95 DM; OG Kiel 5,-

Für die FRAP:

OG Friedrichshafen 10,- DM; OG Stuttgart 10,- DM, LV Westberlin 5,- DM.

Für politische Gefangene:

LV Westberlin 75,20 DM; OG Dortmund 185,- DM; OG Lübeck 12,60 DM.

Für Routhier-Prozesse:

OG Bielefeld 10,45 DM; LV Westberlin 6,50 DM.

Maisammlung (für den Prozeßfond) :

OG Duisburg 12,- DM; OG Bochum 15,- DM OG Bielefeld 147,30 DM.

Ferner gingen ein:

Für die politischen Gefangenen und ihre Familien im Iran vom LV Westberlin 184,53 DM; Für die FRETILIN 25,- DM; für Ost-Timor 5,- DM für die politische Verfolgten in der DDR 223,68 DM; für die Prozesse gegen den Roten Morgen 187,21 DM.

Summe:

1748,04 DM

Zusammen:

5192,76 DM

Achtung! Neues Spendenkonto der RHD:

Stadtsparkasse Dortmund,
Nr. 172058531, Chr. Bartels

Alle Überweisungen bitte nur noch auf dieses Konto!

Karin Wagner und Gernot Schubert vom Stammtisch der RHD Hamburg

Protestresolutionen zum Prozeß gegen den Roten Morgen, Zentralorgan der KPD/ML, vom Treff der RHD Hamburg und von 26 Genossen und Freunden der RHD in Kassel

Protestresolutionen gegen die geplante Abschiebung der 4türkischen Genossen von einer Veranstaltung der OG Bochum und von der Mitgliederversammlung des Vereins Jugend.

Verteidigt die Rote Hilfe!

Am 2. Juni findet im Dortmunder Amtsgericht der Prozeß gegen unsere Zeitung „Rote Hilfe“ statt. Der verantwortliche Redakteur, Dieter Kwoell ist angeklagt wegen „Beleidigung der Duisburger Polizei“, weil die „Rote Hilfe“ Berichte über die zahlreichen Routhier-Prozesse veröffentlicht hat.

Einen Monat später, am 2. Juli, ein erneuter Prozeß gegen die Presse der Roten Hilfe. Genosse Michael Banos steht dann erneut vor Gericht, weil er für die zentralen Flugblätter der Roten Hilfe im Jahre 1974 presserechtlich verantwortlich war. Dieser Prozeß läuft bereits in der 2. Instanz. In 1. Instanz wurde Genosse Michael Banos zu 7 Monaten Gefängnis mit Bewährung und 900 DM Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hat gegen dieses Urteil Berufung eingelegt. Er will eine Gefängnisstrafe ohne Bewährung.

Das darf ihm nicht gelingen!

FREISPRUCH FÜR DIETER KWOLL UND MICHAEL BANOS!

Warum ist die Presse der RHD dem Klassenfeind immer ein Dorn im Auge?

Mit Hilfe der Berichterstattung über die von der bürgerlichen Presse systematisch totgeschwiegenen Prozesse gegen die Verbreitung der Wahrheit über den Polizeimord an Günter Routhier gelang es der Roten Hilfe, zehntausende von Mark zu sammeln, um die angeklagten Genossen zu unterstützen und vor Gefängnis zu bewahren.

Zahlreiche Menschen haben die Aufrufe der Zeitung praktisch befolgt und die Gerichte und Behörden mit Protesten bombardiert als sie versuchten, den Genossen Sascha oder die 4 türkischen Patrioten aus Köln heimlich an faschistische Regimes in Persien und der Türkei auszuliefern. Was für die verfolgten Genossen die Rettung brachte, die Breite des Protestes, das ist für die bürgerliche Klassenjustiz strafverschärfend. So erklärte der Staatsanwalt im 1. Prozeß gegen Michael Banos, die hohe Auflage der Flugblätter müsse als straferschwerend angesehen werden. Das zeigt deutlich: die Bourgeoisie fürchtet die Presse der RHD, weil sie die Werktätigen für

die praktische Solidarität gewinnt. Mit den bevorstehenden Prozessen sollen die Ziele und die Tätigkeit der Roten Hilfe verbrecherisch abgestempelt werden.

Damit ihr das nicht gelingt, muß der Kampf im Gerichtssaal durch Proteste und Solidaritätsaktionen unterstützt werden. Es gilt, der Bourgeoisie zu zeigen, daß die Werktätigen sich die Waffe der revolutionären Solidaritätsorganisation nicht aus der Hand schlagen lassen.

Ein wichtiger Schritt, um hier aktiv mitzuhelfen, ist es Mitglied der RHD zu werden, und so die Front der Solidarität gegen die politische Unterdrückung zu stärken.

Veranstaltung zum Prozeß gegen Dieter Kwoell: 2. Juni 19 Uhr, Dortmund, „Haus Pelzing“, Kesselstr.



Tränengaseinsatz in Westberlin, 31 Verhaftungen in Reutlingen, Einsatz von Knüppeln und Hunden in Darmstadt, das sind nur einige Beispiele für die brutalen Polizeiüberfälle auf die streikenden Druckarbeiter.

Die Polizei versuchte so die Auslieferung von „Notausgaben“ durchzusetzen und zeigte ihr wahres Gesicht: Streikbrecher und Knüppelgarde im Dienste der Kapitalistenklasse. Doch die streikenden Drucker ließen sich nicht einschüchtern, sie setzten sich gegen den Polizeiterror zur Wehr.

Die **ROTE HILFE DEUTSCHLANDS** sichert den Kollegen, die jetzt aufgrund ihres mutigen Kampfes mit einer Anzeige rechnen müssen, ihre volle Solidarität und praktische Unterstützung zu!

Rote Hilfe

Ich bestelle: Probenummer
Abonnement ab Nr.

Ich möchte: Informationsmaterial
besucht werden
Mitglied der RHD werden

Name

Vorname

Beruf

Straße

PLZ/Ort

Datum

Unterschrift

Bestellungen an:
RHD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str.,
46 Dortmund

Bezahlung auf das Konto: Stadtparkasse
Dortmund, Nr. 172058531, Chr. Bartels
Abonnementspreis für 1 Jahr: 6,- DM

KONTAKTADRESSEN

Bielefeld: „Buchlädchen“, Welle 9, 4800 Bielefeld

Bochum: Stammtisch jeden 2. Sonntag im Monat, 11 Uhr, Bochum-Langendreer, Gaststätte „Koke“
Ecke Wittenberg/Wartburgstr.

Bremen: Kontakt über „Buchladen Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Do. und Fr. 16 - 19 Uhr,
Sa. 11 - 13 Uhr

Buxtehude: Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.30, in der „Kogge“, Bahnhofsstr.

Dortmund: Büro Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Mi. 16 - 18 Uhr, Sa. 11 - 13 Uhr

Duisburg: Stammtisch: jeden 2. Donnerstag im Monat, „Zum goldenen Stern“, Du-Neudorf, Stern-
buschweg/Akazienstr., 20 Uhr

Frankfurt: Kontakt über „Buchladen Roter Morgen“, Burgstr. 78, Mi. 17-18,30 Uhr

Gießen: Stammtisch jeden 2. Freitag, 19.30 Uhr, „Stein's Eck“, Steinstr.

Hamburg: Buchladen „Roter Morgen“, Stresemannstr. 110

Kassel: R. Wengler, Kölnische Str. 76

Kiel: Buchladen J. Hauberg, Gutenbergstr. 46, Mi. und Fr. 16-18 Uhr.

Lübeck: Stammtisch jeden Donnerstag, 19 Uhr, Im Alten Streckknitzfahrer Amtshaus, Harten-
grube

Marburg: Stammtisch: 21. 6. 76, Lahnbrücke

München: Stammtisch jeden 2. Donnerstag im Monat 19 Uhr, Gaststätte „Keferloher“, Schlei-
heimer Str./Frankfurterring, Kontakt jeden Freitag 19 Uhr, Gaststätte „Brünstein“, Orleanstr./Elsä-
serstr., am Ostbahnhof

Münster: Stammtisch jeden Di., 19 Uhr, Gaststätte „Augustenburg“, Ecke Augustastr./Friedrich-
Ebert-Str.

Recklinghausen: Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat, 19 Uhr, „Haus Fuchs“, Hochlarmarkstr.

Saarbrücken: Stammtisch jeden 1. und 3. Freitag im Monat 19 Uhr, „Kornstuben“, Martin-Luther-
Stuttgart: Wolfgang Jaworek, Kernerstr. 14

Tübingen: Volker Nieber, 74 Tübingen 9 (Pfrondorf), Jusstr. 31

Westberlin: Büro: Berlin 65, Reinickendorfer Str. 48, Eingang Gottschedsstr., Öffnungszeiten: Di.
und Do. 17-19, Sa. 11-13 Uhr. Tel. 4615398.

Herausgeber: Zentrale Leitung der Roten Hilfe Deutschlands, Selbstverlag. Verantwortlicher Redak-
teur: Dieter Kwoell. Redaktion und Büro der RHD, 46 Dortmund, Dorstfelder Hellweg 22. Druck:
Alpha-Druck GmbH, Dortmund.